



Jan Eliasson

Eine Welt in Aufruhr und Wandel:  
Herausforderungen an die Vereinten Nationen  
und ihre Mitgliedsstaaten

## **HERAUSGEBERIN**

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

*Der Vorstand*

KARSTEN BRENNER, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*

PROF. DR. DIETER DOWE

PROF. DR. AXEL SCHILDT

## **REDAKTION**

DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT (*Geschäftsführer*)

DR. BERND ROTHER

DR. WOLFGANG SCHMIDT

Schriftleitung: DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT

Übersetzung der Willy Brandt Lecture: DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT und KARSTEN BRENNER

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Haushalts der Beauftragten  
der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) finanziert.

© 2015 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

### **Forum Willy Brandt Berlin**

Unter den Linden 62-68

D-10117 Berlin

Tel.: 030 / 787707-0

Fax: 030 / 787707-50

info@willy-brandt.de

www.willy-brandt.de

### **Willy-Brandt-Haus Lübeck**

Königstraße 21

D-23552 Lübeck

Tel.: 0451 / 122425-0

Fax: 0451 / 122425-9

info@willy-brandt-luebeck.de

www.willy-brandt-luebeck.de

## **GESTALTUNG**

Pralle Sonne, Berlin

## **REALISATION UND DRUCK**

LASERLINE – Digitales Druckzentrum

Bucec & Co. Berlin KG

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.

Printed in Germany 2015

ISSN 1434-6176

ISBN 978-3-933090-29-4

## **Jan Eliasson**

Stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen

## **Eine Welt in Aufruhr und Wandel:**

## **Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten**

Willy Brandt Lecture 2014 am 11. November 2014  
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

**Heft 30**

Die Willy Brandt Lecture ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und der Humboldt-Universität zu Berlin. Einmal im Jahr wird eine herausragende Persönlichkeit von internationalem Renommee aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Kultur dazu eingeladen, an der Humboldt-Universität einen Vortrag zu halten und dabei – unter Bezugnahme auf das Erbe Willy Brandts – Themen der Zeitgeschichte und Politik aufzugreifen, die für unsere Gegenwart und Zukunft wie für das Verständnis unserer Vergangenheit von zentraler Bedeutung sind.

Die Veranstaltungsreihe Willy Brandt Lecture wird ermöglicht durch eine freundliche Unterstützung des Volkswagenkonzerns.

## **INHALT**

Willy Brandt – Stationen seines Lebens	<b>6</b>
<b>Peter A. Frensch</b> Grußwort des Vizepräsidenten der Humboldt-Universität für Forschung	<b>9</b>
<b>Karsten Brenner</b> Einführung durch den Vorsitzenden des Vorstandes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung	<b>12</b>
Willy Brandt Lecture 2014 <b>Jan Eliasson</b> Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten	<b>18</b>
<b>Anhang</b> Rede von Bundeskanzler Willy Brandt am 26. September 1973 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York	<b>31</b>

**WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS**

<b>1913</b>	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
<b>1930</b>	Eintritt in die SPD
<b>1933–1945</b>	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
<b>1936</b>	Illegaler Aufenthalt in Berlin
<b>1945–1947</b>	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
<b>1947</b>	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
<b>1948</b>	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
<b>1949–1957, 1961</b>	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
<b>1950–1971</b>	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
<b>1955–1957</b>	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
<b>1957–1966</b>	Regierender Bürgermeister von Berlin
<b>1964–1987</b>	Vorsitzender der SPD
<b>1966–1969</b>	Bundesaußenminister und Vizekanzler
<b>1969–1992</b>	Mitglied des Deutschen Bundestages
<b>1969–1974</b>	Bundeskanzler

<b>1971</b>	Verleihung des Friedensnobelpreises
<b>1976–1992</b>	Präsident der Sozialistischen Internationale
<b>1977–1983</b>	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
<b>1979–1983</b>	Mitglied des Europäischen Parlaments
<b>1987–1992</b>	Ehenvorsitzender der SPD
<b>1992</b>	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben



Der Ehrengast trägt sich in das Goldene Buch der Humboldt-Universität zu Berlin ein, links Vizepräsident Prof. Dr. Peter A. Frensch.

## PETER A. FRENSCH

*Grußwort des Vizepräsidenten der Humboldt-Universität  
für Forschung*

Exzellenz, sehr geehrter Herr Eliasson,  
sehr geehrter Herr Brenner,  
sehr geehrter Herr Dr. Hoppenstedt,  
verehrte Damen und Herren,

als Vizepräsident für Forschung der Humboldt-Universität zu Berlin freue ich mich sehr, Sie zur nunmehr sechsten Willy Brandt Lecture im Auditorium Maximum unserer altherwürdigen Universität begrüßen zu dürfen. Ganz besonders darf ich, auch im Namen des Präsidiums der Humboldt-Universität, den stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herrn Jan Eliasson, begrüßen, der die heutige Lecture halten wird.

Die Willy Brandt Lecture hat sich inzwischen zu einer festen und guten Tradition entwickelt. Durch ihre lange Geschichte und ihre einzigartige Lage ist die Humboldt-Universität – das ist uns bewusst – für viele Vorträge eine hervorragende Bühne. Ganz besonders gerne ist unsere Universität Gastgeberin für Veranstaltungen, bei der wegweisende Gedanken formuliert werden – Gedanken, die zum Nachdenken und auch zur Diskussion anregen, denn gerade darin liegt ja auch das Kernanliegen einer Universität.

Wir freuen uns deshalb sehr, dass es der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung auch in diesem Jahr geglückt ist, eine herausragende Persönlichkeit für die Lecture zu gewinnen. Ich bedanke mich schon an dieser Stelle bei unserer Partnerstiftung und ganz besonders bei Herrn Dr. Hoppenstedt und seinem Team, die die Lecture wie auch in den vergangenen Jahren mit besonderem Engagement organisiert haben.

Ich bin mir nicht sicher, ob das Datum der heutigen Lecture bewusst gewählt wurde. Aber es wurde auf jeden Fall gut gewählt. Wie Sie alle wissen, endete der Erste Weltkrieg vor nunmehr 96 Jahren. Die Katastrophe dieses Weltkrieges führte Europa und der Welt die grausame, zuvor nicht vorstellbare Zerstörungskraft eines Krieges vor Augen, der zum ersten Mal mit modernen Vernichtungswaffen wie Maschinengewehren und Giftgas geführt wurde.

Die Parole „Nie wieder Krieg!“ war der kollektive Wunsch, der grenzüberschreitend aus diesen Erfahrungen entstand und den Anstoß gab zur Gründung des Völkerbundes, der Vorgängerorganisation der Vereinten Nationen.

Aber nicht nur der 11. November ist ein historisch wichtiges Datum.

In Deutschland ist auch der 9. November von besonderer Bedeutung. Gerade vorgestern fanden hier in Berlin, unweit der Humboldt-Universität, die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer statt. Dieser Tag markierte symbolisch eine historische Zeitenwende, die das Ende der Blockkonfrontation zwischen West und Ost einleitete.

Mit dem Fall der Berliner Mauer war die Hoffnung verbunden, dass das Ende des Kalten Krieges auch eine Ära des Friedens einläuten würde. Seit dem Fall der Mauer ist in weiten Teilen Europas sicherlich eine Generation aufgewachsen, für die die Globalisierung und der Frieden Normalität sind. Ein Großteil der Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin gehört genau dieser Generation an. Für sie ist es selbstverständlich, für einige Semester in anderen Ländern und Kontinenten zu studieren sowie internationalen Gästen in ihrem Studiengang zu begegnen: Mehr als 5.000 internationale Studierende, das sind etwa 15 Prozent der Studierenden unserer Universität, lernen und forschen bei uns. Und über 1.000 Studierende brechen jedes Semester ins Ausland auf und knüpfen dort internationale Kontakte.

Die Selbstverständlichkeit, Menschen anderer Nationen offen gegenüber zu stehen und mit diesen zu kommunizieren, kann man nur gut- und willkommen heißen. Sie sollte aber eben nicht als Selbstverständlichkeit verstanden werden. Dies gilt ganz besonders in Anbetracht der weltweit immer noch stattfindenden Kriege und Auseinandersetzungen, für deren Lösungen es viel Fingerspitzengefühl und eines fundierten Wissens der unterschiedlichen historischen Hintergründe von Kulturen und Menschen und ihrer geschichtlichen Zusammenhänge bedarf.

Als Grundlage dieser Lösungen können Offenheit, ein kritisches Bewusstsein unserer selbst und vor allem Bildung dienen. Bildung in diesem Sinne zu vermitteln und zu entwickeln ist eine große Aufgabe aller Bildungseinrichtungen, derer sich die Humboldt-Universität immer wieder aufs Neue im Allgemeinen, und im Spezifischen, in unseren Lehrinhalten, Universitätsstrukturen und Forschungsschwerpunkten stellt und stellen muss.

Die Sicherung des Friedens ist eine ständige Herausforderung. „Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre

Mitgliedsstaaten“, meine verehrten Damen und Herren, so hat der stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herr Eliasson, seine Rede heute benannt.

Ich freue mich sehr über Ihr Kommen, Herr Eliasson, und bin äußerst gespannt auf Ihre Analyse.

Seien Sie herzlich willkommen an der Humboldt-Universität!

## KARSTEN BRENNER

*Einführung durch den Vorsitzenden des Vorstandes der  
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung*

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, lieber Herr Eliasson,  
sehr geehrter Herr Botschafter Carlsson,  
sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete, Repräsentanten von  
Bundesministerien, UN-Einrichtungen und Nicht-Regierungsorganisationen,  
sehr geehrte Professoren und Studierende der Humboldt-Universität,  
meine Damen und Herren!

Im Namen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung begrüße auch ich Sie sehr  
herzlich zur Willy Brandt Lecture 2014! Ihnen, lieber Herr Professor Frensch,  
danke ich für die freundlichen Worte von Seiten der Humboldt-Universität.

Zur Willy Brandt Lecture laden wir gemeinsam einmal im Jahr eine Persönlich-  
keit von internationalem Renommee aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder  
Kultur ein, hier an der Humboldt-Universität einen Vortrag zu halten und – mit  
Blick auf das politische Erbe Willy Brandts – Themen der Zeitgeschichte und Poli-  
tik aufzugreifen, die für das Verständnis unserer Zeit wie für die Gestaltung unse-  
rer Zukunft von zentraler Bedeutung sind.

Ermöglicht wird uns die Willy Brandt Lecture 2014 auch in diesem Jahr durch  
eine großzügige Spende der Volkswagen AG.

Erst vor zwei Tagen haben die Berliner und viele Gäste aus dem In- und Aus-  
land mit einem bewegenden Bürgerfest eines der großen historischen Ereignisse  
des 20. Jahrhunderts gedacht: des Falls der Berliner Mauer vor 25 Jahren. Damit  
wurde Willy Brandts großes politisches Lebensziel Wirklichkeit, und er empfand  
es als eine Gnade, dies noch miterleben zu können.

Heute ist unumstritten: Die neue Ost- und Deutschlandpolitik von Bundeskanz-  
ler Willy Brandt Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre hat wesentliche  
Voraussetzungen dafür geschaffen, dass 1989/90 die deutsche Einheit möglich  
wurde – friedlich, in Freiheit und im Einklang mit unseren europäischen Nach-  
barn und transatlantischen Partnern. Willy Brandts neuer Politikansatz sandte  
Signale der Versöhnung nach Mittel- und Osteuropa, akzeptierte die vom Kriege  
geschaffenen Realitäten und schuf ein Klima des Vertrauens, das den Frieden in

Europa sichern half und Zusammenarbeit über den Eisernen Vorhang hinweg  
möglich machte. Auch in anderen Teilen der Welt ließ die Politik der Entspannung  
zwischen Ost und West neue Hoffnungen keimen.

Für seine Ost- und Deutschlandpolitik wurde Willy Brandt schon im Dezember  
1971 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – eine internationale  
Unterstützung von enormer Bedeutung, denn zur Realisierung seiner mutigen  
Politik waren, innen- wie außenpolitisch, noch erhebliche Klippen zu überwin-  
den.

Knapp zwei Jahre später, am 26. September 1973, konnte zum ersten Mal  
ein deutscher Bundeskanzler zur Generalversammlung der Vereinten Natio-  
nen sprechen. Nach Ratifizierung der bilateralen Ostverträge, Abschluss des  
Berlin-Abkommens und des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik  
Deutschland und der DDR wurden auch die beiden deutschen Staaten in die  
Weltgemeinschaft aufgenommen, weil sie untereinander und mit ihren Nach-  
barn einen Modus Vivendi friedlicher Koexistenz erzielt hatten.

Willy Brandt begann seine Rede in New York mit Worten, die auch heute noch  
erinnerungswürdig sind:

„Ich spreche zu Ihnen als Deutscher und als Europäer. ... Mein Volk lebt in zwei  
Staaten und hört doch nicht auf, sich als eine Nation zu verstehen ... Wir sind  
gekommen, um – auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen  
unserer Möglichkeiten – weltpolitische Mitverantwortung zu übernehmen. Als  
Bundesrepublik Deutschland werden wir auf einen Zustand des Friedens in  
Europa hinwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung  
seine Einheit wiedererlangen kann.“

Diese politische Vision Willy Brandts ist nicht einmal zwei Jahrzehnte später  
historische Wirklichkeit geworden – früher als er selbst es zu hoffen gewagt  
hatte!

Meine Damen und Herren, als der Kalte Krieg zu Ende ging, 1989/90, da  
atmete Europa auf. Mit der Überwindung des Ost-West-Konfliktes hatte eine opti-  
mistische Grundstimmung unseren Kontinent ergriffen – weit über das wieder-  
vereinigte Deutschland hinaus. Ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens  
und der Freiheit“ sollte anbrechen, so hieß es in der „Charta von Paris“, dem  
Schlussdokument eines Sondergipfels der KSZE, der Konferenz für Sicherheit und  
Zusammenarbeit in Europa.

Doch kein Vierteljahrhundert später müssen wir feststellen, dass diese Hoff-  
nungen noch lange nicht erfüllt sind. Die Krisenmeldungen überschlagen sich



geradezu. In den Nachrichten wechselt sich ein Konfliktherd mit dem nächsten ab, neue Flüchtlingsströme drängen jetzt auch zu uns – und gerade den Europäern werden neue Antworten abverlangt.

Liest man noch einmal Willy Brandts Rede vor der UN-Generalversammlung vom September 1973, so gewinnt man bisweilen den Eindruck, die Worte könnten aus unserer heutigen Zeit stammen.

„Unsere Welt“ – so Brandt damals – „befindet sich im Aufbruch und im rapiden Wandel. Viele ihrer explosiven Probleme und Konflikte übertragen sich epidemisch durch das enge Zusammenrücken von Staaten und Kontinenten. Konflikte können, wie der zur Nutzung der Mittel der Politik unwillige oder unfähige Terrorismus zeigt, durch die Verletzbarkeit hochentwickelter Gesellschaften unübersehbare Folgen haben.“

Willy Brandt, der Friedensnobelpreisträger, war überzeugter Internationalist – von seiner politischen Jugend an und geprägt durch seine Jahre im skandinavischen Exil. So war er auch zutiefst überzeugt von der Mission und der zentralen Rolle, die den Vereinten Nationen zukommen muss. „Der Kampf um den Frieden, der Kampf gegen die Not“ – so sagte er – „fordern das Bewusstsein, dass wir in der ‚einen Welt‘ zuletzt einem unteilbaren Schicksal unterliegen. Die Menschheit steht ... unter dem Zwang zur Solidarität. Wo anders als in dieser Organisation der Vereinten Nationen sollten wir über die neuen Formen der lebensnotwendigen Zusammenarbeit offen reden können?“

Der Titel der Willy Brandt Lecture 2014 knüpft an die Rede des Bundeskanzlers von 1973 an: „Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten“.

Es ist uns eine große Ehre, mit Ihnen, sehr geehrter Herr Generalsekretär, lieber Herr Eliasson, einen Referenten gewonnen zu haben, der sich selbst seit langer Zeit für den Frieden in dieser Welt, für eine bessere Entwicklung und die weltweite Wahrung der Menschenrechte einsetzt, und wir sagen noch einmal: Hjärtligt välkommen till Berlin!

Sie sind nun schon seit fast fünf Jahrzehnten auf internationalem Felde tätig. Ihr ganzes Berufsleben ist geprägt von internationalem Engagement, und Sie stehen damit in der Tradition skandinavischer Weltoffenheit, Solidarität und Verantwortungsbereitschaft, in der Reihe großer Diplomaten und Politiker wie Trygve Lie, Dag Hammarskjöld, Olof Palme, Gro Harlem Brundtland und Ingvar Carlsson. Sie wirkten auf beiden Seiten der Schnittlinie zwischen hoher Diplomatie und Politik und haben dabei alle Facetten internationaler Kooperation

kennengelernt, im auswärtigen Dienst Ihres Landes wie in bedeutenden Ämtern auf multilateralem Terrain sowie in schwierigsten Einsätzen an vielen Brennpunkten dieser Welt.

Anfang der 1980er Jahre gingen Sie auf Ihre erste wichtige Friedensmission an der Seite eines engen Freundes und politischen Wegbegleiters Willy Brandts: des schwedischen Premierministers Olof Palme, als dieser im Auftrag der Vereinten Nationen im Ersten Golfkrieg zwischen Irak und Iran vermittelte.

Zu Beginn der 1990er Jahre zeichnete sich Ihre diplomatische Karriere bei den Vereinten Nationen ab: Sie wurden zum ersten Under Secretary für Humanitäre Angelegenheiten berufen und mit einer Reihe schwieriger Missionen in Afrika und auf dem Balkan betraut.

1992, bei Ihrer Mission nach Somalia, erlebten Sie hautnah die schrecklichen Folgen des Bürgerkrieges. Eine Reihe Ihrer Kolleginnen und Kollegen verließ damals erschüttert und desillusioniert das Land. Sie setzten Ihre Mission beharrlich fort.

Eines Ihrer wichtigsten Ziele haben Sie 1997 realisieren können, als in Oslo die Konvention über das Verbot von Anti-Personenminen unterzeichnet wurde, das seitdem von 162 Staaten ratifiziert worden ist.

In Ihrer Zeit als Staatssekretär im schwedischen Außenministerium erarbeiteten Sie einen innovativen Handlungsplan für präventive Krisenbewältigung, der wenig später auf dem Balkan eine erste Erprobung fand. 2005 wurden Sie einstimmig zum Präsidenten der UN-Vollversammlung gewählt und wurden in dieser Zeit auch Außenminister des Königreich Schweden.

Nach erneuten Einsätzen für die Vereinten Nationen – zunächst in Darfur, dann für die Realisierung der Millenniumsziele – nehmen Sie nun seit Juli 2012 das Amt des Stellvertreters von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon wahr, sicher eines der wichtigsten, schwierigsten und zugleich verantwortungsvollsten Ämter, das die internationale Gemeinschaft zu vergeben hat.

Ihre weltpolitische Grundüberzeugung, lieber Herr Eliasson, haben Sie einmal mit den folgenden Worten zum Ausdruck gebracht – und ich meine, dies sind Worte ganz im Geiste Olof Palmes und Willy Brandts:

Kein Frieden ohne Entwicklung.

Keine Entwicklung ohne Frieden.

Und auf lange Sicht:

Weder Frieden noch Entwicklung ohne eine Sicherung der Menschenrechte.

Lieber Herr Eliasson, wir danken Ihnen nochmals, dass Sie aus New York zu uns gekommen sind, und wir sind nun gespannt auf Ihre Willy Brandt Lecture 2014.

## WILLY BRANDT LECTURE 2014

**JAN ELIASSON**

### **EINE WELT IN AUFRUHR UND WANDEL: HERAUSFORDERUNGEN AN DIE VEREINTEN NATIONEN UND IHRE MITGLIEDSSTAATEN**

Erst vor zwei Tagen blickte die ganze Welt ein erneutes Mal auf Berlin: als die Menschen in dieser Stadt den 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer, dieses schändlichen Bauwerks, feierten. Das vergangene Wochenende brachte viele bewegende wie historische Momente für Berlin, für Deutschland und Europa. In unserer Welt voller Probleme und schlechter Nachrichten waren dies gute Nachrichten, die uns Hoffnung vermitteln und Vertrauen darauf, dass friedlicher Wandel möglich ist.

Es ist mir eine Ehre, die Willy Brandt Lecture 2014 hier in Berlin zu halten. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass ich heute hier sein kann, insbesondere der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

Auch der Humboldt-Universität zu Berlin möchte ich meinen besonderen Dank aussprechen. Vor drei Jahren hatten Sie Generalsekretär Ban Ki-moon eingeladen. Heute darf ich bei Ihnen sein. Noch wichtiger ist jedoch, dass Sie an dieser Universität so viele junge internationale Studenten und Wissenschaftler zu Gast haben, die bald wieder in die Welt hinausgehen und sie prägen werden.

Ich danke der Humboldt-Universität für ihr Engagement, das sie die Jahre hindurch für den internationalen Austausch und die internationale Verständigung geleistet hat.

\*

Ich fühle mich dem Namensgeber dieser Vorlesungsreihe persönlich und beruflich stark verbunden. Die mich prägenden Jahre als Diplomat und als Europäer fielen in die Zeit, in der Willy Brandt im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit und auf dem Gipfel seines politischen Einflusses stand.

Ich begann meine diplomatische Laufbahn hier in Deutschland mit meinem ersten Posten Ende der 1960er Jahre an der Schwedischen Botschaft in Bonn. Willy Brandt war damals Außenminister, zuvor ein gefeierter Bürgermeister Berlins.

Ich erinnere mich noch lebhaft an meinen ersten Besuch in dieser Stadt. Die ergreifende Realität des Checkpoint Charlie, der Anblick von Stacheldraht inmitten einer europäischen Großstadt, die hellen Lichter auf der einen Seite der Mauer und die Dunkelheit auf der anderen, berührten mich zutiefst.

In dieser Zeit konnte ich beobachten, wie Willy Brandt als Bundesminister des Auswärtigen sein ganzes diplomatisches Geschick einbrachte. Einige Jahre später, als Mitarbeiter des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, konnte ich Willy Brandt, inzwischen zum Bundeskanzler gewählt, aus noch größerer Nähe beobachten: im Dialog mit Olof Palme und dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky, als diese Staatsmänner ihre Länder durch die stürmische See des Kalten Krieges navigierten.

In diesen düsteren Jahren gab mir Willy Brandt Inspiration und Hoffnung. Selbst auf dem Höhepunkt des Wettrüstens zwischen Ost und West, der schlimmsten Zeit gegenseitigen Misstrauens, vermittelte Brandt das Gefühl, dass der Kalte Krieg nicht ewig dauern würde. Die Neue Ostpolitik, seine große politische Leistung und sein Vermächtnis, war wahrhaftig visionär.

Zusammen mit der Helsinki-Schlussakte von 1975 veränderte Willy Brandts Politik Europa und läutete das Ende, wie wir damals hofften, von Gebietsansprüchen von Staaten gegenüber ihren Nachbarn ein – Ansprüche, die die Gefahr in sich bargen, politische Spannungen und Gewalt auszulösen. Diese Politik der Entspannung, des „Wandels durch Annäherung“, wie sie auch genannt wurde, zeigte die Überlegenheit des Dialogs gegenüber der Konfrontation. Die Neue Ostpolitik ebnete den Weg für ein Ende der ideologischen Rivalität zwischen Ost und West. Und sie machte auf lange Sicht die Wiedervereinigung Deutschlands und die Einheit Europas möglich.

\*

Es ist mir eine besondere Ehre, heute mit Ihnen einige Gedanken zu teilen: über unsere Welt von heute, über die globale Rolle Deutschlands und Europas – und zu der Frage, wie uns das Vermächtnis Willy Brandts heute noch Orientierung für eine bessere Zukunft geben kann.

Ich bin Schwede und ich bin Europäer. Aber ich bin zugleich ein Bürger dieser Welt und stolz darauf, die Vereinten Nationen repräsentieren zu dürfen.

Willy Brandt hat vor über 40 Jahren mit seiner Politik entscheidend den Weg zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland – und zugleich der Deutschen Demokratischen Republik – in die Vereinten Nationen geebnet.

Am 26. September 1973, acht Tage nachdem Westdeutschland UN-Vollmitglied geworden war, sprach Willy Brandt als erster deutscher Bundeskanzler vor der Generalversammlung in New York. Der Saal war dicht gefüllt mit Außenpolitikern und Diplomaten, darunter Henry Kissinger und Andrei Gromyko. In seiner historischen Grundsatzrede lehnte Bundeskanzler Willy Brandt den Einsatz von Gewalt als Mittel der Politik ab, und das in einer Zeit, in der überall auf der Welt die Waffenarsenale immer größer wurden. Der Friedensnobelpreisträger verdammt Rassismus als „unmenschliche Gesinnung und als Ursache schrecklichster Verbrechen“ und machte in diesem Zusammenhang einen deutlichen Bezug auch auf den Holocaust. Und Willy Brandt rief nach einer „größeren Gemeinschaft, die uns den Frieden, Sicherheit und damit Freiheit gewährt.“

Seither hat Deutschland diese Ziele und Ideale zum Grundstein für sein bedeutendes Engagement in den Vereinten Nationen gemacht.

Deutschland ist heute ein wichtiger und großzügiger Gastgeber für die Familie der Vereinten Nationen. Bonn ist zum Zentrum unserer Arbeit für Nachhaltigkeit und für den gemeinsamen Kampf gegen Klimawandel und Wüstenbildung geworden. Von Bonn entsenden wir UN-Freiwillige um den ganzen Globus. Und dies sind nur drei von einer ganzen Reihe von UN-Aktivitäten, die allein schon durch die Präsenz in Ihrem Land eine besondere Unterstützung erfahren. Ich selbst war sehr beeindruckt, als ich erfuhr, dass in Bonn etwa eintausend Menschen für die Vereinten Nationen arbeiten. Wir begrüßen in New York auch sehr die baldige Eröffnung des neuen UN-Konferenzentrums in Bonn. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Ort sich zu einer hervorragenden Plattform für Verhandlungen und Dialog entwickeln wird.

Deutschland ist heute der drittgrößte Beitragszahler zu den Vereinten Nationen. Ihr Land leistet einen grundlegenden Beitrag zur Finanzierung unserer Agenturen, Fonds und Programme. Deutschland war bereits fünf Mal nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Ihr Land hat eine wichtige Rolle in der Stabilisierung von Afghanistan, des Libanon und anderer Krisenorte dieser Welt gespielt. Ihr Land unterstützt mit voller Überzeugung die Idee der Konfliktprävention und Friedensbildender Maßnahmen. Deutschland gehört zu den Gründerstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs – ein bedeutendes Instrument im Kampf gegen die Straflosigkeit von Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnischen Säuberungen.

Seit geraumer Zeit schon steht Deutschland im Mittelpunkt eines weiteren Feldes auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen: den historischen Bemü-

hungen um eine Ausweitung und Vertiefung der europäischen Integration. Dieser bahnbrechende, historische Prozess hat die Europäische Union zu einem weltweiten Vorbild werden lassen: wie es gelingen kann, Wunden der Vergangenheit zu heilen und auf Grundlage regionaler Integration Stabilität und Wohlstand für alle zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass es in der Charta der Vereinten Nationen eine Verbindung zwischen regionaler und globaler Kooperation gibt: in Kapitel VIII, das sich mit regionalen Vereinbarungen befasst. Ich ermutige und sehe für die Zukunft auch verstärkte regionale Vereinbarungen und Initiativen voraus – sowohl für Konfliktlösungen wie auch mit dem Ziel einer besseren Entwicklungsförderung.

Aus all diesen Gründen ist Deutschland ein enger und verlässlicher Freund der Vereinten Nationen. Ihr Land steht für das Hochhalten universaler Werte und für die Überzeugung, dass es zur Lösung unserer globalen Probleme gemeinsamen Handelns und einer gerechten Lastenverteilung bedarf.

In unserer Zeit globalen Aufruhrs braucht die Welt diese Partnerschaft zwischen Deutschland und den Vereinten Nationen umso mehr. Ihrem Land fällt ganz offensichtlich eine wachsende globale Rolle zu.

\*

Wir leben tatsächlich in einer Welt voll Aufruhr und Turbulenzen – und zugleich in einer Zeit voller Herausforderungen. Vom Irak über Syrien bis zum Südsudan und zur Zentralafrikanischen Republik sehen wir uns mit schweren Konflikten konfrontiert. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu wie auch die Kluft zwischen Arm und Reich. Das Gleiche gilt für die Emission klimaschädlicher Gase. Zu viele Staaten sind unfähig, oder gar unwillig, die Hoffnungen und Erwartungen ihrer Bürger auf ein anständiges Leben unter Zubilligung grundlegender Menschenrechte zu erfüllen. In Anbetracht der äußersten Brutalität, die in den zumeist religiös motivierten Konflikten zum Ausdruck kommt – wie in Syrien und im Irak – sind die Menschen geschockt und fassungslos, und wie ich glaube, häufig erstarrt und resigniert.

Unsere Zeit ist zugleich eine Ära des Übergangs. Neue wirtschaftliche und politische Mächte befinden sich im Aufstieg und warten ungeduldig darauf, eine internationale Rolle zu spielen, die ihnen zusteht und die sie verdienen. Rapide wachsende Bevölkerungen und immer größerer Armutsdruk führen zu immer größeren Wanderungsbewegungen und verstärken die Urbanisierung. Wir stre-



ben nachhaltige und gerechtere Wege der Entwicklung an und wollen bald darüber verhandeln. Die Grenzen zwischen der nationalen und der internationalen Ebene verwischen immer mehr.

Zugleich ist die globale Sicherheitslandschaft in einem dramatischen Wandel begriffen. Immer häufiger sind UN-Friedenseinsätze gefordert. Sie erstrecken sich auf immer größere Gebiete und werden immer gefährlicher. Und wenn die Blauhelme dann vor Ort eintreffen, existiert oft gar kein Friede, der zu bewahren ist, oder keine Friedensvereinbarung, die zu verteidigen wäre.

Das organisierte Verbrechen, nicht zuletzt der internationale Drogenhandel, verwebt sich auf immer neuen und geradezu alarmierenden Wegen mit dem internationalen Terrorismus. Die sogenannten Neuen Technologien tragen zweifelsohne dazu bei, dass die Gesundheitsfürsorge und das Wohlergehen der Menschen laufend verbessert werden. Zugleich gehen von diesen Entwicklungen aber auch Risiken aus – eine immer größer werdende Verwundbarkeit. Unsere Sorge gilt heute im zunehmenden Maße der Cybersecurity sowie der Tatsache, dass selbst kleine Gruppen von Menschen der Gesellschaft riesige Schäden zufügen können.

\*

Dies ist die neue globale Landschaft, in der wir uns befinden. Und damit sind die nationalen Institutionen wie auch die multinationale Zusammenarbeit vor neue Herausforderungen gestellt: Auf der Grundlage von Chancengleichheit und Gerechtigkeit starke Nationen mit stabilen Gesellschaften aufzubauen. Wenn uns das gelingt, ist das nicht nur ein Beitrag dazu, den Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Leben zu ermöglichen. Es ist zugleich ein Beitrag zu regionaler wie internationaler Sicherheit. Und gleichzeitig bedarf es guter internationaler Lösungen, die in unserer gefährdeten Welt auch im ureigenen Interesse eines jeden Landes sind.

Die Vereinten Nationen sind darum bemüht, diesen Herausforderungen gerecht zu werden. So hat es seit den tragischen Katastrophen von Ruanda und Srebrenica, fast schon vor einer Generation, große Fortschritte bei der Früherkennung von Krisen und hinsichtlich der Reaktionsmöglichkeiten darauf gegeben. An erster Stelle steht der Schutz von Zivilisten, der Schutz der Bürger. Die Generalversammlung hat die Schutzverantwortung, die „Responsibility to Protect“ (R2P), bereits 2005 als Völkerrechtsnorm verabschiedet. Die Durchsetzung von Rechtssicherheit und der Aufbau von Institutionen, das „institution-building“,

sind immer öfter zentrales Ziel der UN-Friedensmissionen, verbunden mit Entwicklungsarbeit und dem Einsatz für die Durchsetzung der Menschenrechte.

Aus meiner Arbeit weiß ich nur zu gut, wie wichtig starke und gut funktionierende Institutionen sind. Mein Heimatland Schweden zählte noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den ärmsten Ländern in Europa. Als ich meinen Vater einmal fragte, was seiner Ansicht nach den Aufstieg Schwedens zu einer Wohlfahrts-gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ermöglicht habe, nannte er mir drei Gründe: Zum Ersten die umfassende Investition in eine starke und effiziente Infrastruktur, zweitens den Aufbau eines frei zugänglichen und fairen Bildungssystems, das jedem die Chance gibt zu lernen und sogar zu studieren, und zum Dritten die Sicherstellung starker und gut funktionierender Institutionen, die das Vertrauen zwischen den Bürgern und dem Staat aufbauen und sichern. Diese wichtigen Faktoren – davon bin ich überzeugt – haben dazu beigetragen, in Schweden eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, die auf Verantwortlichkeit und Rechtssicherheit aufgebaut ist.

Auf globaler Ebene ist seit einiger Zeit eine neue Entwicklung zu beobachten: der langsame, aber stetige Aufbau einer „Kultur der geteilten Verantwortung“, wie ich sie nenne. Eine jüngere Initiative in der UNO unter dem Namen „Human Rights Up Front“ macht früh gegen Menschenrechtsverletzungen mobil und will eben nicht abwarten, bis es etwa zu massenhaften Greuel-taten kommt. Als letztes Jahr erneut Zivilisten im Südsudan durch unkontrollierbare Feindseligkeiten bedroht waren, öffneten die Vereinten Nationen kurzerhand die Tore ihrer Flüchtlingscamps, boten den bedrohten Menschen Zuflucht und retteten so Tausende von Leben.

Eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung bildet die wesentliche Grundlage für den Frieden in einer Gesellschaft. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen arbeiten gerade an einer Entwicklungsagenda, die auf eine Reihe neuer Ziele für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist, welche wiederum auf den Entwicklungszielen der UN zur Jahrtausendwende aufbauen. Diese neue Agenda soll auf einem UN-Gipfel in New York im September 2015 verabschiedet werden. Und wie Sie wissen, haben die Mitgliedsstaaten sich bereits verpflichtet, im Dezember kommenden Jahres in Paris ein ehrgeiziges Klimaschutzabkommen zu schließen.

Was ich damit sagen will: Das Jahr 2015 bietet für die UN und ihre Mitgliedsstaaten einzigartige Chancen – Chancen, die es in einer Generation nur einmal gibt. Unser Ziel ist es, den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu

stellen und unseren Planeten zu schützen, den einzigen, über den wir verfügen.

Manchmal haben wir Menschen einen Plan B. Aber wir haben definitiv keinen Planeten B.

Unser Ziel muss es sein, die weltweit noch immer weit verbreitete Armut auf nachhaltigen Wegen zu beseitigen. Wir müssen unseren Kampf gegen die Armut unbedingt mit dem Konzept der Nachhaltigkeit verbinden.

Dabei dürfen wir niemanden zurücklassen. Wir müssen allen Menschen auf dieser Welt ein Leben in Würde ermöglichen.

\*

Die Welt blickt darauf, welche aktiven Beiträge Deutschland zu den vielfältigen Initiativen und Bemühungen im Rahmen der UNO leistet.

Schon seit Langem ist Deutschland ein Vorreiter im Umweltschutz. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Ihrem Land ist Vielen ein Vorbild. Die Vereinten Nationen sind dankbar für die Rolle, die Deutschland erst kürzlich auf Ebene der europäischen Staats- und Regierungschefs gespielt hat, als es darum ging, eine allseitige Verpflichtung zur Senkung des Treibhausgas-Ausstoßes um 40 Prozent bis 2030 einzugehen. Dieser Beschluss hat einen neuen Standard mit Blick auf künftige Klimaschutzverhandlungen gesetzt. Und er wird uns dabei helfen, trotz aller Schwierigkeiten unseren Entwicklungszielen näher zu kommen und damit die Stabilität in vielen Gesellschaften dieser Welt zu sichern.

Wir sind dankbar für Deutschlands Verpflichtung auf dem Klimagipfel in New York, den Beitrag von einer Milliarde US-Dollar in den Grünen Klimafonds einzuzahlen. Wir freuen uns über die Sitzung dieses Fonds nächste Woche hier in Berlin. Wir rufen alle Länder dieser Welt dazu auf, den Klimafonds ebenfalls zu unterstützen, der das Ziel hat, Umweltschutzprojekte in Entwicklungsländern zu finanzieren.

Der neu erschienene Klimaschutzbericht warnt uns: Wir müssen jetzt handeln, bevor es zu spät ist, um eine globale Klimakatastrophe abwenden zu können.

Ich bin zuversichtlich, dass vom deutschen Vorsitz im UN-Menschenrechtsrat kommendes Jahr wertvolle Impulse ausgehen werden. Dabei halte ich es für besonders wichtig, dass die Mitgliedsstaaten bei ihren Zusammenkünften in Genf und New York die Herangehensweise der Initiative „Human Rights Up Front“ aufgreifen, des Aktionsplans der UN zur Respektierung und Förderung der Menschenrechte.

Ich möchte der Bundesregierung und dem deutschen Volk meinen Dank für die

großzügige Unterstützung im Kampf gegen die Ebola-Krise aussprechen – sowohl für die finanzielle Hilfe als auch für die Entsendung von Kliniken zur Behandlung infizierter Patienten.

Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine konstruktive Rolle bei den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm gespielt. Vor gut einer Woche war ich in Teheran. Meine Botschaft an die dortige Regierung und alle anderen Verhandlungsbeteiligten lautete: Es besteht jetzt eine einzigartige Chance, mit Blick auf den Ablauf der Verhandlungsfrist am 24. November eine Vereinbarung zu erreichen. Dabei ist es von grundlegender Bedeutung, eine für beide Seiten vorteilhafte Lösung zu finden, die auf gegenseitigem Respekt aufbaut. Unser Ziel muss es sein, die Nicht-Weiterverbreitung aufrechtzuerhalten und damit zugleich gefährliche, destabilisierende Konflikte im Mittleren Osten abzuwenden.

\*

Mir liegt heute daran, einen besonderen Appell an Deutschland im Hinblick auf die Beteiligung an UN-Friedensmissionen zu richten. Die Beiträge der Bundesrepublik zu friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen werden hoch geschätzt. Ich denke beispielsweise an die deutsche Beteiligung bei UNIFIL im Libanon. Ich denke an die deutschen Polizisten und Sicherheitsexperten, die uns in Mali, in der Westlichen Sahara, in Dafur, Liberia und im Südsudan unterstützen. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, den vielen Deutschen zu danken, die mit ihren besonderen Fähigkeiten einen wichtigen Beitrag im Dienste der Vereinten Nationen leisten. Stellvertretend möchte ich Martin Kobler nennen, den Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für die Stabilisierungsmission in der Demokratischen Republik Kongo, und Angela Kane, die Sonderbeauftragte für Abrüstungsfragen.

Deutschland stellt gegenwärtig das drittgrößte Truppenkontingent für die ISAF/NATO-Operationen in Afghanistan. Der internationale Stabilisierungseinsatz in diesem Land wird nun bald runtergefahren. Aber ich setze meine Hoffnung darauf, dass Deutschland auch in künftigen Fällen seine gut ausgebildeten Friedenstruppen und Polizeieinheiten bereitstellen wird, wenn die Vereinten Nationen dringend darauf angewiesen sind.

In allen essentiellen Fragen von Frieden und Sicherheit, der Entwicklung und der Wahrung der Menschenrechte bis hin zu Rechtssicherheit müssen alle Länder in unserer heutigen Welt nicht nur ihre nationale und regionale Identität im Auge haben, sondern stets auch ihre globale Identität. Deutschlands Beiträge zur

Durchsetzung der globalen Werte, zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung sind höchst willkommen und stärken die Arbeit der Vereinten Nationen.

\*

Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich zu Ihnen in unmittelbarer Nähe zu einem historischen Datum der deutschen wie der europäischen Geschichte spreche: Vor zwei Tagen wurde der 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer gefeiert. Dieses Ereignis sollte uns in Erinnerung rufen: Wir dürfen nicht hinnehmen, dass ein Vierteljahrhundert später neue Mauern zwischen Menschen und zwischen Ländern errichtet werden, ob im Mittleren Osten, in Amerika oder auf dem europäischen Kontinent.

Wir scheinen manchmal zu vergessen, was für ein politischer Wille und welche Anstrengungen nötig waren, um nach dem Zweiten Weltkrieg die heute auf europäischer und globaler Ebene existierenden internationalen Organisationen aufzubauen und entsprechende Vereinbarungen zu schließen.

Wir mögen uns dem Glauben hingeben, dass das Verschwinden einer Mauer unumkehrbar ist. Aber spätestens seit der Ukraine-Krise sind die Geister des Kalten Krieges wieder gegenwärtig. Die Bewahrung des Friedens verlangt höchste Wachsamkeit und ständiges Bemühen. Wir müssen fest zu den Prinzipien des Völkerrechts stehen und zur gleichen Zeit stets den Dialog aufrechterhalten – mit dem Ziel, Streitigkeiten und Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen.

Trotz aller dunklen Wolken gibt es heute auch Lichtblicke und Gründe zur Hoffnung. In unserer globalisierten Welt von heute erkennen die Staaten immer mehr, dass internationale Zusammenarbeit notwendig ist und in ihrem ureigenen Interesse liegt.

Die Stärkung der Rechte und Position der Frauen steht heute ganz oben auf der nationalen und internationalen Agenda. Das bringt neue Hoffnung in unserem Bestreben für Frieden, Entwicklung und Menschenrechte. Gerade junge Menschen setzen sich stärker als je zuvor für einen positive Veränderungen ein – trotz der in vielen Ländern verbreiteten Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit.

Die Fortschritte in Technik und Wissenschaft verbessern stetig das Leben der Menschen und ihre Umwelt. Wissen verschafft Stärke.

Und schließlich ziehe ich noch aus etwas anderem Hoffnung: aus der politischen Vision Willy Brandts, die bis heute Gültigkeit hat.

Sein Glaube an regionale Zusammenschlüsse und internationale Solidarität bleibt von großer Bedeutung – in unserer Welt voller Aufruhr, politischer Kon-

flikte, globaler Migration und wachsendes Druckes auch auf das europäische Einigungsprojekt.

Willy Brandts vorbildlicher Einsatz für einen sozialen Fortschritt überall auf der Welt sollte uns zu einer kühnen Agenda über das Jahr 2015 hinaus inspirieren.

Im September 1973, in seiner wichtigen Rede vor der UN-Generalversammlung, sprach er die Worte: „Wo Hunger herrscht, kann der Frieden kein Bestand haben. Wo der Hunger fortherrscht, gibt es keine Gerechtigkeit.“

Willy Brandts Glaube an Versöhnung verdeutlicht uns, dass Frieden nicht einfach nur das Ende eines Konfliktes sein kann. Frieden verlangt Heilung und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Wer kann das Bild Willy Brandts vergessen, als er vor dem Mahnmal für die ermordeten Juden im Warschauer Ghetto niederkniete?

Willy Brandt bleibt uns ein Beispiel für Führungsstärke, die auf Leidenschaft und Mitleidensfähigkeit beruht. Willy Brandt war sich der Last der deutschen Geschichte bewusst – und hat sich dennoch geweigert, mit dem Hinweis auf diese Last untätig zu bleiben.

Das deutsche Volk kennt den Preis eines Krieges. Ihr Land ist aus der Asche des Zweiten Weltkrieges auferstanden und heute wieder zu einem globalen Akteur geworden – und zu einem der angesehensten Mitglieder der internationalen Gemeinschaft. Dieser Wandel und dieser Aufstieg sind bemerkenswert – und sie eröffnen Perspektiven auf eine noch stärkere internationale Rolle, die Deutschland übernehmen könnte.

Am Ende sollten wir uns bewusst machen, dass die Entwicklungen, die zu einem wiedervereinten Deutschland und zum Ende des Kalten Krieges geführt haben, auch die Vereinten Nationen von einer Last befreit haben. Noch während des Kalten Krieges war die Weltorganisation oft blockiert und handlungsunfähig. Der Fall der Berliner Mauer und die damit verbundenen geopolitischen Umbrüche haben den Vereinten Nationen eine neue Rolle zugewiesen. Es entstand neuer Raum für diplomatisches Handeln – und zugleich wurde die Erwartung gestärkt, dass die Vereinten Nationen mehr Verantwortung und eine größere Rolle übernehmen können, um überall auf der Welt Frieden, gerechtere Entwicklung, die Respektierung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen.

Das ist der Weg, den wir heute gehen.

Wir haben vieles erreicht, aber auch schmerzvolle Rückschläge erlitten.

Wir werden nicht nachlassen, uns für den Frieden einzusetzen und die großen Probleme der Menschheit anzugehen. Auf unserem Weg werden wir uns mög-

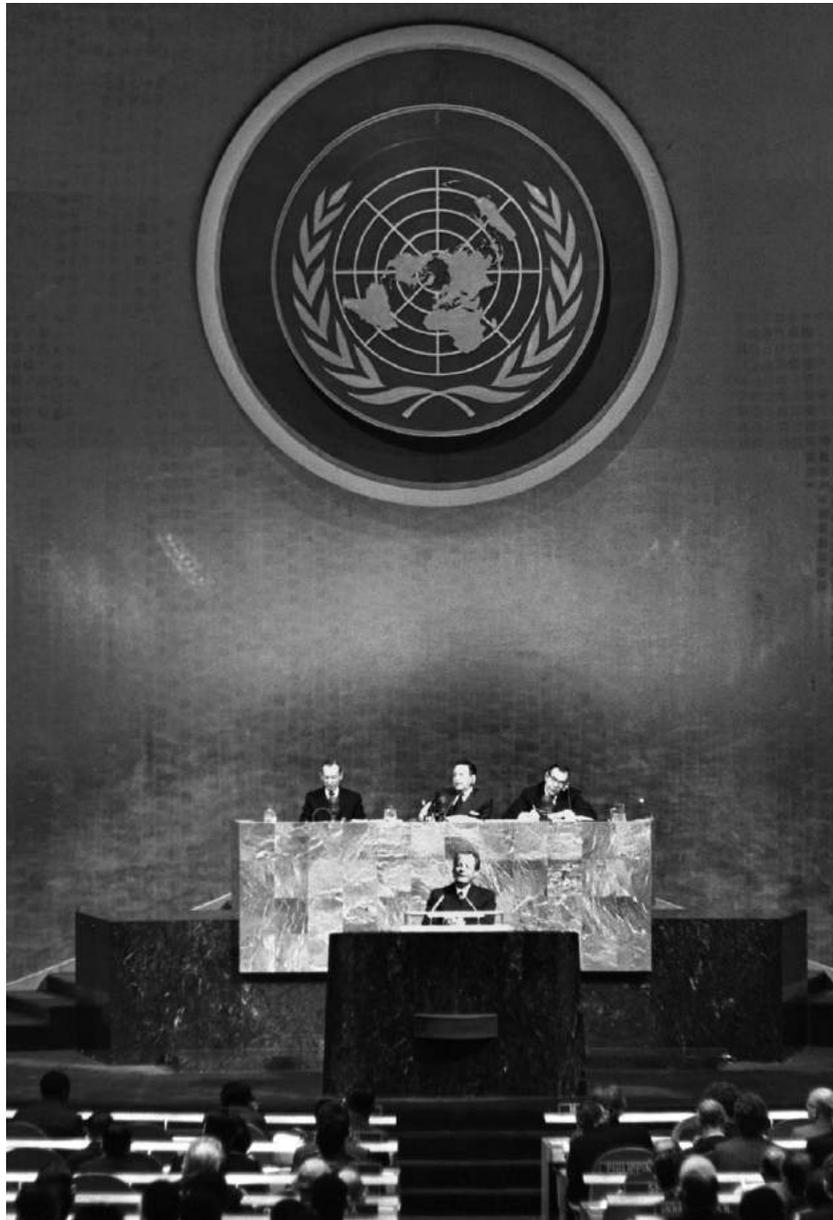
lichst viele Partner suchen – und mit ihnen gemeinsam für das Wohl der globalen Gesellschaft arbeiten.

Niemand kann alles tun, aber jeder kann etwas beitragen. Die Vereinten Nationen können manchmal an vorderster Führungsfront stehen, aber manchmal können sie auch nur den Weg weisen und Katalysator für gemeinsame Anstrengungen sein und zusammen Verantwortung für eine bessere Welt zu tragen – ob daran Regierungen, Parlamente, internationale Organisationen, der private Sektor, die Zivilgesellschaft oder die akademische Welt beteiligt sind.

Wir müssen die Welt nehmen, wie sie ist. Aber wie müssen die Welt auch sehen, wie sie sein sollte. Wenn wir anfangen, die Lücke zwischen dem Ist-Zustand und dem Soll-Zustand zu schließen, sind wir auf dem richtigen Pfad. Und auf diesem Pfad brauchen wir die Unterstützung Deutschlands und seiner Bürger.

Gestern Abend habe ich am Gendarmenmarkt ein Konzert der Wiener Philharmoniker besucht. Gespielt wurde Schuberts wundervolle Unvollendete Sinfonie.

Beim Hören der Sinfonie konnte ich nicht aufhören, daran zu denken, vor welchen unvollendeten Werken wir stehen – vor der dringlichen Aufgabe, die Nationen und Völker zu vereinen und sie gemeinsam eine Welt des Friedens aufbauen zu lassen, mit gerechter Entwicklung und der Chance auf ein würdevolles Leben für alle Menschen.



## ANHANG

### REDE VON BUNDESKANZLER WILLY BRANDT AM 26. SEPTEMBER 1973 VOR DER GENERALVERSAMMLUNG DER VEREINTEN NATIONEN IN NEW YORK

I.

Ich spreche zu Ihnen als Deutscher und als Europäer. Genauer: mein Volk lebt in zwei Staaten und hört doch nicht auf, sich als eine Nation zu verstehen. Und zugleich: unser Teil Europas ist noch nicht viel mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft, aber es will noch in diesem Jahrzehnt zur Europäischen Union zusammenwachsen.

Wir – die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland – sind hier keine Fremden. In den Sonderorganisationen haben wir seit langem mitgearbeitet. Mit fast allen vertretenen Staaten unterhalten wir gute Beziehungen. Hier am Sitz der Vereinten Nationen, in New York, ist uns in den zurückliegenden Jahren viel Verständnis entgegengebracht worden.

Mir liegt daran, unseren Freunden zu danken, die für uns das Wort ergriffen haben, als wir von dieser Stelle aus nicht für uns selber sprechen konnten. Wir werden nicht vergessen, auf wen wir uns verlassen konnten.

Aber ich will dies gleich hinzufügen: Wir sind nicht hierhergekommen, um die Vereinten Nationen als Klagemauer für die deutschen Probleme zu betrachten oder um Forderungen zu stellen, die hier ohnehin nicht erfüllt werden können. Wir sind vielmehr gekommen, um – auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten – weltpolitische Mitverantwortung zu übernehmen.

Die Gründung der Vereinten Nationen und die tiefste Zäsur in der deutschen Geschichte waren Ereignisse, die auf eine düstere, freilich auch ermutigende Weise korrespondierten. Die jüngste Geschichte meines Volkes ist mit der Entstehungsgeschichte dieser Weltorganisation wahrhaftig eng verknüpft.

Das deutsche Volk und die beiden deutschen Staaten haben seit 1945 einen weiten Weg zurückgelegt. Und dennoch: die Genugtuung darüber, daß wir hier freundlich aufgenommen werden, ist gemindert durch die Teilung Europas, die sich auf deutschem Boden besonders hart ausprägt und auch immer wieder – bald drei Jahrzehnte nach Kriegsende – Todesopfer fordert.

Freilich, von jenem Teil Europas aus, von dem so viele Spannungen ausgegangen sind, haben wir eine Politik der Verständigung begonnen und entwickelt, deren Ziel es war und ist, die Gräben des Kalten Krieges zuzuschütten.

Ich denke, es hat sich inzwischen gezeigt: Nicht nur Spannung, sondern auch Entspannung kann ansteckend sein.

Als Bundesrepublik Deutschland werden wir – wie es unser Außenminister Scheel nach einer völkerrechtlich verbindlichen Formulierung in der letzten Woche hier betonte – auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangen kann. Ich sage dies – bei allem Respekt – wohl wissend, daß uns die Vereinten Nationen dabei nicht wirklich helfen können.

Gerade die beiden deutschen Staaten haben erfahren, daß ihre Zueinanderordnung in gegensätzlichen politischen Gruppierungen und die daraus entstehenden Probleme heute größeres Gewicht haben als das, was man „die nationale Frage“ nennt. Das gilt generell in Europa.

Trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und politischer Ordnungen, durch Vertrag und Überzeugung an verschiedene Bündnisse gebunden, haben die beiden deutschen Staaten beschlossen, eine Politik der friedlichen Nachbarschaft, des Nebeneinander und – wie wir hoffen – des Miteinander zu beginnen.

Wir werden also versuchen, friedliche Koexistenz auf deutsch zu buchstabieren. Bei der Gründlichkeit, die man unserem Volkscharakter zuweilen nachsagt, kann ich nicht versprechen, daß dies immer einfach werden wird.

Doch wichtiger: Der konsequente Verzicht, Ziele, Interessen, Meinungsunterschiede mit Gewalt zu entscheiden, war das entscheidende Moment, das es brauchte, um in der Mitte Europas Entspannung zu schaffen. Die Verträge von Moskau und Warschau, der Vertrag über die Grundlagen unserer Beziehungen zur DDR, das Abkommen der Vier Mächte über Berlin und, wie ich hoffe, bald auch der – bereits ausgehandelte – Vertrag mit der ČSSR bauen auf das Fundament des Gewaltverzichts.

Nicht zuletzt Berlin zeigt die konstruktiven Chancen: Es braucht nicht länger Spannungsherd im Herzen Europas zu sein. West-Berlin ist der Wahrnehmung seiner Interessen durch die Bundesrepublik Deutschland und des Schutzes durch die Drei Mächte sicher, die als oberste Gewalt für Sicherheit und Status unmittelbar verantwortlich bleiben. Was diese Veränderung bedeutet, weiß ganz gewiß der Mann zu würdigen, der während eines kritischen Zeitabschnitts in Berlin als Regierender Bürgermeister in der Verantwortung stand.

Der Gewaltverzicht war das eine Moment unserer Friedenspolitik, Einsicht in die Wirklichkeit war das andere. Diese Einsicht ist manchem bitter geworden. Doch sie war notwendig, um des Friedens willen. Denn Gewaltverzicht und das rechte Verhältnis zur Wirklichkeit sind die beiden Hauptfaktoren einer konkreten Friedenssicherung.

Damit wurde das Feld für die nächsten Schritte bereitet. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollen eine neue Grundlage finden.

Der bilaterale Gewaltverzicht ermutigt uns zu einer zweiten, multilateralen Phase europäischer Diplomatie, die auf der Basis dessen, was geworden ist, eine wirkliche Veränderung des Verhältnisses der europäischen Staaten zueinander will: Durch wachsende Sicherheit vor militärischer Bedrohung; durch intensiven wirtschaftlichen und technischen Austausch; durch die Begegnung der Menschen; durch bessere Kenntnis voneinander. Mit anderen Worten: durch einen Zustand des täglichen Friedens.

Es wäre in der Tat gut, wenn die Arbeiten von Helsinki, die nun in Genf fortgesetzt werden, bald durch eine Konferenz auf der den Ergebnissen entsprechenden Ebene abgeschlossen werden könnten. Wovon ich hier spreche, wird vielleicht einmal als ein bedeutendes Experiment verstanden werden – und zwar, wie Staaten lernen können, Konflikte zu zähmen und Gewalt abzubauen. Sollte es gar gelingen, durch vertrauensbildende Schritte jene ungeheuerliche Verschwendung zu mindern, die das Ergebnis des Mißtrauens zwischen antagonistischen Systemen ist, dann würden wir damit ein historisches Beispiel gesetzt haben.

## II.

Sicherheit kann nicht durch Vertrauen allein entstehen: Auch das ist eine Realität. Diese Feststellung braucht gleichzeitig Umkehrung: Vertrauen entsteht durch Sicherheit.

Ein bedeutender Amerikaner sprach in dieser Stadt vom drohenden „nuklearen Totentanz“. – Nun, die beiden Weltmächte, in deren Händen sich die bei weitem stärksten Mittel der Zerstörung befinden, haben kürzlich ein Abkommen geschlossen, mit dessen Deutung mancher noch beschäftigt ist, das aber ganz gewiß dem Totentanz vorbeugen soll.

Jenes Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion orientiert sich an dem Prinzip des Gewaltverzichts und an der Anerkennung von Realitäten. Es bedeutet – wie ich es verstehe – aktive Koexistenz und wohl auch

eine Antwort auf die Forderungen, die von den nicht-nuklearen Staaten auf der Konferenz in Genf 1968 gestellt wurden.

Damals wurden von den Kernwaffen-Staaten konkrete eigene Verpflichtungen gefordert. Ich meine auch heute: Wer Macht hat, zumal atomare Macht, der hat noch nicht die Moral auf seiner Seite, auch nicht die Weisheit. Die großen Gefahren für die Menschheit gehen von den großen Mächten aus und nicht von den kleinen.

Es muß eine Definition von Pflichten geben, denen sich die Kernwaffen-Mächte zu unterwerfen haben.

Wenn jedoch die beiden Weltmächte den Frieden nicht garantieren, wer könnte es an ihrer Stelle?

Keine der beiden, die ich nannte, ist heute ersetzbar in ihrer Verantwortung, und keine von beiden kann sich aus dieser Verantwortung lösen.

So findet unsere Welt heute ihr Gleichgewicht. Aber sie kann für diese schwierige Balance auf das spezifische Gewicht der Volksrepublik China, Japans, der Europäischen Gemeinschaft, nicht verzichten. In diesem System wird die unverwechselbare Rolle Lateinamerikas, der afrikanischen Staaten, des indischen Subkontinents und der anderen Partner in Asien wirksam.

Macht ist nicht beliebig qualifizierbar. Es gibt für sie eine Grenze der Expansion – eine Grenze, an der sich Macht in Ohnmacht verwandelt. Aber: Détente ist nicht gleich Disengagement, und sie darf jedenfalls nicht Desinteresse sein, wenn nicht neue Spannung geschaffen werden soll.

Am Ende des Kalten Krieges kann es, in meinem Verständnis, weder Sieger noch Besiegte geben. Der Friede darf in Wahrheit, wenn man ihn gewinnen will, nicht Sieg des einen und Niederlage des anderen verlangen, sondern nur den einen Sieg der Vernunft und der Mäßigung erstreben.

Im übrigen: auf Gewalt oder Androhung von Gewalt sollten alle Staaten untereinander verzichten – gleichviel, ob sie Atomwaffen besitzen oder nicht. Dies kann, wenn wir entschlossen genug sind und Glück haben, durch ein geeignetes Zusammenfügen internationaler Vereinbarungen zustande gebracht werden.

Die einzige legitime Ausnahme bliebe das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Satzung.

Meine Regierung ist bereit – ich will dies deutlich sagen – an einem Abkommen mitzuwirken, das in der Atlantischen Allianz vorbereitet wird, um eine ausgewogene Verminderung von Streitkräften und Waffensystemen möglich zu machen. Das wird nicht von heute auf morgen möglich sein, aber es muß hieran ernsthaft und beharrlich gearbeitet werden.

Dabei geht es nicht nur um die Chance Europas. Es geht um die Chance der Welt, einen Zustand zu schaffen, der es erlaubt, unsere Aufmerksamkeit und die Kraft unserer Staaten den großen Problemen von morgen zuzuwenden. Ich darf fragen: Wenn es der Welt nicht gelingt, die Gewalt zurückzudrängen und schließlich wirksam zu ächten, wie will sie dann die Friedensprobleme lösen, die – frei und fern von Gewalt – alle unsere Energien verlangen?

### III.

In einer Welt, in der zunehmend jeder auf jeden angewiesen ist und jeder von jedem abhängt, darf Friedenspolitik nicht vor der eigenen Haustür haltmachen. Kleine Schritte können, wie die Erfahrung zeigt, recht weit führen.

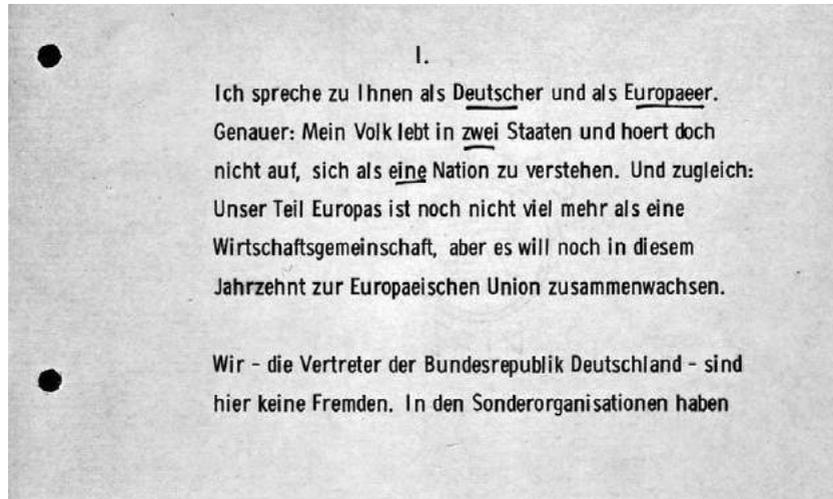
Vermittlung und Ausgleich in Streitfällen messen wir eine besondere Bedeutung zu. Die Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit, die Festigung und Fortentwicklung des Völkerrechts verdienen nach unserem Urteil die engagierte Aufmerksamkeit dieser Versammlung.

Unsere Welt ist im Aufbruch und im rapiden Wandel. Viele ihrer explosiven Probleme und Konflikte übertragen sich epidemisch durch das enge Zusammenrücken von Staaten und Kontinenten. Konflikte können, wie der zur Nutzung der Mittel der Politik unwillige oder unfähige Terrorismus dieser Zeit zeigt, durch die Verletzbarkeit hochentwickelter Gesellschaften unübersehbare Folgen haben.

Das Stichwort von der „vorbeugenden Konfliktforschung“, die Voraussetzung der „präventiven Diplomatie“, ist von der Einsicht geprägt, daß es nicht mehr genügt, die sogenannten klassischen Motivierungen von Streitigkeiten zu untersuchen: territoriale Ansprüche – ideologischer Herrschaftswille – nationalistischer Ehrgeiz – Versuchungen imperialistischer Dominanz – Schwächen der Sicherheitssysteme – Erschütterungen des Gleichgewichts.

Ich predige kein konfliktloses, kein spannungsloses Dasein: das wäre eine blutarme Illusion. Ich rede von den fruchtlosen und negativen Konflikten, die uns täglich bestätigen, daß der Mensch in Furcht vor dem Menschen fähig ist, sich selbst zu zerstören. Hier gibt es neue und tiefere Aufgaben der Konfliktforschung. Lassen Sie mich in gebotener Klarheit sagen: Not ist Konflikt. Wo Hunger herrscht, ist auf die Dauer kein Friede. Wo bittere Armut herrscht, ist kein Recht. Wo die Existenz in ihren einfachsten Bedürfnissen täglich bedroht bleibt, ist es nicht erlaubt, von Sicherheit zu reden. Gegenüber der Not darf es keine Resignation geben.

Dem Erwecker einer großen Mitgliednation dieser Versammlung verdanken wir das Wort vom „gewaltlosen Widerstand“; es hat seine Kraft nicht verloren. Aber



die Wirklichkeit fordert die Ergänzung durch ein Gegenwort, nämlich die Feststellung: Es gibt Gewalttätigkeit durch Duldung, Einschüchterung durch Indolenz, Bedrohung durch Passivität – Totschlag durch Bewegungslosigkeit. Das ist eine Grenze, an der wir nicht stehenbleiben dürfen – denn sie kann die Grenze zwischen Überleben und Untergang sein.

Ich habe den Präsidenten jenes lateinamerikanischen Landes nicht persönlich gekannt, dessen Leben vor kurzem durch einen Staatsstreich gefordert wurde. Ich will hier mit allem nur möglichen Nachdruck sagen: So geht es nicht! Oder, wenn man so will: So geht es leider auch ... Aber dann wird eines Tages zu sagen sein, daß Reform erst aus der Revolution werden konnte, nachdem Veränderung durch Reform manchen als nicht akzeptabel erschien.

Mehr und mehr wird man sich der Begrenzungen unseres Weltkreises bewußt. Wir dürfen seine Vorräte – es sei denn, wir wollten uns zum langsamen Selbstmord verurteilen – nicht hemmungslos erschöpfen; wir dürfen seine biologischen Zyklen nicht weiter vergiften lassen.

Es ist wohl kein Zufall, daß der Mensch sich heute, nachdem er seinen Planeten aus der Tiefe des Weltraums gesehen hat, der materiellen und biologischen Bedingtheit der Bewohner dieses doch so kleinen „Raumschiffs“ Erde bewußt wird. Nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten, auch weltweit, wird man darum künftig um der Freiheit und Sicherheit unseres Lebens willen auf manches ver-

zichten müssen, was zwar ökonomisch rentabel, gesellschaftlich aber fragwürdig ist. Und manches, das ökonomisch unrentabel zu sein scheint, ist für die Existenz einer modernen Gesellschaft unabdingbar geworden.

Mir ist bewußt, daß man in manchen Entwicklungsländern geneigt ist, die Rohstoffverknappung als eine politische Chance besonderer Art zu betrachten, denn sie mag in den hochindustrialisierten Ländern da und dort zu einem Umschlag vom Überfluß zur Knappheit führen. Aber ich sage: Dies ist kein Grund zur Genugtuung, sondern hier ergeben sich Sorgen für alle – und nicht erst für alle, die nach uns kommen.

Wir müssen nüchtern sehen, daß die Güter dieser Welt nur dann ausreichen werden, unseren Nachkommen eine Existenz zu sichern, die modernen Vorstellungen von der Qualität des Lebens entspricht, wenn wir das Bevölkerungswachstum in verantwortbaren Grenzen halten und wenn wir der sozialen Gerechtigkeit in der Welt näherrücken.

Die bedrückende Ernährungssituation in vielen Teilen der Welt verlangt, daß wir einen Welternährungsplan entwerfen, um – wenn es irgend geht – durch eine integrierende Strategie der Nahrungsmittelproduktion und ihrer Verteilung Katastrophen zu verhindern.

Lassen Sie mich hervorheben: Wir müssen Klarheit gewinnen – und zwar rasch – nicht nur darüber, was an Nahrungsmitteln gebraucht wird, um große Teile der Menschheit vor dem Hunger zu schützen, sondern auch darüber, ob die Staaten die dafür notwendigen Regeln anzunehmen bereit sind.

Und, auf der anderen Seite: Was an Rohstoffen gebraucht wird, um die Qualität unserer Zivilisation zu garantieren und nach Möglichkeit zu steigern.

Lassen Sie mich in aller Offenheit auch dies sagen: Ob ein Mensch in kriegerischer Auseinandersetzung getötet oder durch Gleichgültigkeit zum Hungertod verurteilt wird, das macht moralisch keinen Unterschied. Wir werden uns entschließen müssen, mit ritualisierten Traditionen zu brechen: Wer den Krieg ächten will, muß auch den Hunger ächten.

#### IV.

Die Vereinten Nationen – unter der Herausforderung eines nahezu totalen Weltkrieges geschaffen – sind der Spiegel eines uralten Traums der Menschheit. Er wohnt nahe an den Erwartungen des ewigen Friedens der Völker.

Aber die seit fast drei Jahrzehnten UN-trainierten Mitglieder hier wissen mindestens so gut wie wir „Neulinge“: Das Millenium ist 1945 nicht angebrochen; die

Vereinten Nationen sind leider nicht – jedenfalls noch nicht – zum Kristallisationskern einer Weltregierung geworden.

Und dennoch: die Menschheit hat in diese Versammlung der Völker nicht allein ihren guten Willen, sondern auch viele ihrer Sorgen eingebracht. Keine Mitgliedsnation, die ihre Geschichte zu Hause gelassen hätte, als sie hierher kam, ja, die ihre Identität nicht in diesem schwierigen Entwurf einer universellen Repräsentanz der Völker in gewisser Hinsicht bestätigt fände!

Ich erkenne hier einen Zusammenstrom der Perspektiven aller Kontinente. Die Vielgestalt des Lebens und seiner Ordnungen zu begreifen und zu respektieren, ihr den Weg zur freien Darstellung ihrer selbst zu öffnen, dafür Normen zu schaffen, die für alle verbindlich sind – dies scheint mir der zivilisatorische Auftrag der Vereinten Nationen zu sein. Dies ist unsere Hoffnung.

Erst die Vielfalt gibt uns den Anspruch, von einer „Weltgesellschaft“ zu reden. Sie steht in der Spannung zwischen gleichberechtigter Souveränität und gegenseitiger Abhängigkeit in dieser einen, unheilen Welt.

Manche Kritik an den Vereinten Nationen klingt bitter, zynisch, ist von fast jubilierendem Pessimismus – so als hoffe man heimlich, daß die Schwächen der Organisation Idee und Ziel widerlegten. Doch Rückschläge auf dem Weg zu einem Ideal beweisen nicht notwendig, daß jenes Ideal falsch ist, sondern oft nur, daß der Weg besser sein könnte.

Hier ist vieles nicht erreicht worden, was man sich vorgenommen hatte. Dies will ich mit allem Freimut sagen. Aber wir wissen auch, daß viel Elend, Unglück, Tod abgewendet werden konnte.

Hier in dieser Institution wurden immer wieder und unermüdlich Argumente der Vernunft und der Moralität proklamiert, die den Schritt in den Abgrund verbieten. Die Vereinten Nationen sind keine Klinik der Völker, in der unsere Nationen von ihren Neurosen durch geduldige Weltärzte geheilt werden können. Doch was sie schaffen können, ist mehr Solidarität der Völker gegenüber ihren Mitvölkern.

Sie, die Solidarität, ist die Grundforderung, die an die Weltgesellschaft gestellt ist, und sie ist die Voraussetzung ihres Überlebens.

Ich spreche nicht vom utopischen Reich der Gleichheit aller Völker und aller Menschen. Aber: Wer diesen Traum von der Gleichheit niemals geträumt hat, weiß wenig vom Willen zur Gerechtigkeit, der über alle Schranken der Kontinente, der Rassen und der Religionen hinweg womöglich die eigentlich bindende Macht unter uns Menschen ist.

Es gibt Solidarität, doch es gibt sie nicht genug. Ich bitte um mehr Mit-Leidenschaft, wo es um die Opfer der kriegerischen Konflikte geht, die jeden Tag in diesem oder jenem Winkel der Welt aufs neue aufzubrechen drohen. Ich bitte, die Opfer des – zuweilen gleichfalls grausamen – Nichtkrieges dabei nicht zu vergessen.

Auf dem Wege zur Weltbürgerschaft müssen wir Solidarität praktizieren. Von einer humanen Ordnung der Welt wird man erst dann reden können, wenn das Leitwort von der Gerechtigkeit universell verstanden wird.

Lassen Sie mich für die Bundesrepublik Deutschland sagen: Wir werden die Beschlüsse der Vereinten Nationen zur Liquidierung anachronistischen Rest-Kolonialismus unterstützen. Dies gilt nicht zuletzt für den uns benachbarten afrikanischen Kontinent.

Ohne Zusatz und ohne Vorbehalt erkläre ich weiter: Wir verdammen Rassismus als eine unmenschliche Gesinnung und als Ursache schrecklichster Verbrechen. Die eigene Geschichte ist uns hier zur bittersten Erfahrung geworden.

Im übrigen: wer in dieser Versammlung seinen Sitz einnimmt, muß zu den moralischen Fragen des internationalen Zusammenlebens auch dann Stellung nehmen, wenn die eigenen staatlichen Interessen nicht unmittelbar betroffen sind. Er begegnet dabei zwei anerkannten Grundsätzen, die beide dem Friedenswillen dienen:

Das eine ist der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Das andere ist der Grundsatz der Universalität der Menschenrechte.

Auf die Grundrechte der Charta der Vereinten Nationen dürfen sich nicht nur Staaten, sondern auch Bürger berufen. Dem Frieden kommt es zugute, wenn sich Menschen und Informationen über die Grenzen hinweg möglichst frei bewegen können.

Ich sage weiter: Wenn wir uns zur Verletzung individueller Menschenrechte, über die Unterdrückung der Freiheit kritischer Meinungsäußerung, über die künstlichen Schranken für Menschen und Informationen an den Staatsgrenzen äußern, so ist das entscheidende Kriterium nicht, ob es sich um eine verbündete oder um eine vertraglich befreundete oder um eine weniger befreundete Macht handelt; entscheidend ist, daß wir in diesen Fragen nicht teilnahmslos bleiben – selbst dann nicht, wenn manche Einzelheit undurchschaubar sein sollte.

Eine Politik des Friedens, der Solidarität und der Ablehnung von Gewalt ist unteilbar. Der Konflikt in Südostasien ist noch nicht ausgebrannt, der schwelende

Konflikt im Mittleren Osten noch nicht gelöst. Hier wie dort kommt es darauf an, daß gesprochen, daß nicht geschossen wird.

Mir liegt daran, unser Interesse an einem friedlichen Ausgleich im Nahen Osten besonders hervorzuheben. Meine Regierung teilt die Hoffnung, daß die internationale Gemeinschaft vor den Möglichkeiten einer Vermittlung nicht resigniert. Sie meint zugleich, daß vor allem das unmittelbare Friedensgespräch zwischen der beteiligten arabischen Welt und Israel den Ausgleich elementarer Interessen beider Seiten zu sichern vermag.

Der Kampf um den Frieden, der Kampf gegen die Not fordern das Bewußtsein, daß wir in der „einen Welt“ zuletzt einem unteilbaren Schicksal unterliegen. Die Menschheit steht darum gerade hier unter dem Zwang zur Solidarität. Wo anders als in dieser Organisation der Vereinten Nationen sollten wir über die neuen Formen der lebensnotwendigen Zusammenarbeit offen reden können!

Kein Volk darf auf Kosten eines anderen leben. Wer sich diesem Prinzip verweigert, trägt dazu bei, daß wir alle teuer dafür zu bezahlen haben.

Nationaler Egoismus ist kein Schutz. Im Gegenteil: er steht jener Solidarität im Wege, bei der zuletzt auch die natürlichen und legitimen nationalen Interessen am besten gewahrt sind.

Man sollte nicht von „jungen“ oder „alten Völkern“ reden. Es ist realistischer, zwischen jungen und alten Nationalismen zu unterscheiden.

Die unseren – in Europa – sind alt, obwohl ein paar hundert Jahre nur ein paar Atemzüge der Geschichte bedeuten. Doch glauben Sie mir: Der wilde Traum, das Geschick eines Volkes könne sich nur in ungezügelter Nationalismus erfüllen, ist uns gründlich zerronnen. Wir wurden auf schmerzhaft Weise gewahr, daß es vernünftiger, zuverlässiger Formen des Lebens der Völker geben muß – und daß es sie tatsächlich gibt: nämlich die Ordnung der guten Nachbarschaft.

Die Staaten des europäischen Westens haben sich entschlossen, die erste regionale Gemeinschaft zu begründen, die mehr ist als eine klassische Allianz und die auch keine Unterordnung unter ein ideologisches Reglement bedeutet. Es ist unser Ziel, in diesem Jahrzehnt zu einer Union der Wirtschaft und der Währung, der Sozialordnung und der Außenpolitik und – die Zeichen der Zeit befehlen es – auch der Sicherheit zu gelangen.

Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die ich vertrete, stärkt hier in den Vereinten Nationen auch die Präsenz Europas. Wir sind überzeugt, daß dies auch anderen zugute kommt.

Die westeuropäische Gemeinschaft kann ein Beispiel für wirtschaftliche Leis-

tung und sozialen Ausgleich werden. Sie begründet sich als Macht ohne imperiale Ansprüche. Die Europäische Union wird eine Macht des Friedens und zur Welt hin offen sein.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in ihrer Verfassung bereit erklärt, Hoheitsrechte auf übernationale Organisationen zu übertragen, und sie hat Völkerrecht als unmittelbar gültiges Recht dem nationalen übergeordnet. Dies war die Formulierung der Einsicht, daß die Souveränität des Einzelnen wie der Völker nur in größeren Gemeinschaften gesichert werden kann, daß dem Nationalstaat in dieser Welt nicht mehr Sinn und Erfüllung der Geschichte zuzumessen ist.

So will ich am Ende dieser Rede eine Bitte zurücklassen: Seien Sie, seien wir auf der Hut vor der Tabuisierung eines Begriffes, den ich als die vielleicht fragwürdigste Hinterlassenschaft europäischer Geschichte empfinde. Ich meine den Begriff „Nationalismus“, der die Opfer von Millionen und Millionen Menschenleben forderte, in dessen Namen fruchtbare Landschaften verheert, blühende Städte zerstört, Völker ausgerottet und fast eine Zivilisation – unsere eigene – vernichtet wurde.

Europa hat es sich abgewöhnt, der Welt das Maß der Dinge zu sein. Aber es hat Anlaß, die Völker vor dem großen Irrtum zu warnen, an dem es beinahe zugrunde ging: dem negativen Nationalismus. Wir haben uns weithin von dieser Hypnose befreit.

Die Nation findet ihre Sicherung nicht mehr in der isolierten Souveränität. Isolation schafft in Wahrheit Abhängigkeiten, die mit wohlverstandener Souveränität nichts mehr zu tun haben. Wir brauchen den anderen und die anderen; wir brauchen die größere Gemeinschaft, die uns den Frieden, Sicherheit und damit Freiheit gewährt.

Das ist vielleicht noch nicht „die Welt frei von Kriegen“, noch nicht „the worldwide rule of reason“, <die> der Präsident der Vereinigten Staaten am 26. Juni 1945 nach der Verkündung der Konvention der Vereinten Nationen im Opernhaus von San Francisco proklamierte: Aber die Menschheit darf sich nicht von der scheinbaren Unlösbarkeit ihrer riesenhaften und komplizierten Probleme lähmen lassen. Was wir jetzt brauchen, ist ein Programm des neuen Mutes der Menschen zu ihren eigenen Fähigkeiten.

Deshalb bitte ich:

1. Laßt uns mutig und miteinander einen neuen Anfang wagen für große Ziele: Konflikte ausräumen, Rüstungen unter Kontrolle bringen, den Frieden sicherer machen.

2. Laßt uns mutig und miteinander dafür kämpfen, daß der Gewaltverzicht allgemein anerkannt wird als Grundsatz für die Lösung politischer Fragen.
3. Laßt uns mutig und miteinander – möglichst viele von uns, wie ich hoffe – und ohne Ermüdung dafür arbeiten, daß die Menschenrechte und Grundfreiheiten in der ganzen Welt Geltung und Respekt finden.
4. Laßt uns mutig und miteinander – möglichst viele von uns, wie ich hoffe – darum ringen, daß die Völker frei über ihr eigenes Schicksal verfügen können, daß die Reste des Kolonialismus überwunden werden und jeder Rassismus geächtet wird.
5. Laßt uns mutig und miteinander darauf achten, daß das Völkerrecht weiterentwickelt wird – auch durch eine wirksame Konvention gegen den Terrorismus.
6. Laßt uns mutig und miteinander das Notwendige tun, um die Welt, in der wir leben, durch Schutz der natürlichen Bedingungen lebensfähig zu erhalten und – auch durch mehr wissenschaftlichen Austausch – der Menschheit die Qualität eines lebenswerten Lebens zu sichern.
7. Laßt uns mutig und miteinander – neben der weiteren Entfaltung des Welthandels – neue Anstrengungen unternehmen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und vor allem: Laßt uns so in der Sammlung aller Kräfte dem Hunger in der Welt unwiderrufflich den Kampf ansagen!

Verehrte Delegierte, meine Kollegen und Freunde!

Die Fähigkeit des Menschen zur Vernunft hat die Vereinten Nationen möglich gemacht. Der Hang des Menschen zur Unvernunft macht sie notwendig. Der Sieg der Vernunft wird es sein, wenn eines Tages alle Staaten und Regionen in einer Weltnachbarschaft nach den Prinzipien der Vereinten Nationen zusammen leben und zusammen arbeiten.

Ich werde das nicht mehr erleben. Aber ich möchte dazu noch beitragen. Und ich bitte um jede mögliche Unterstützung, die wir – im Sinne der kleinen Schritte – den uns Nachfolgenden gewähren können.

**SCHRIFTENREIHE DER  
BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG**

*Heft 1*

**Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**

Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

*Heft 2*

**Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966**

Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin  
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

*Heft 3*

**Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**

Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

*Heft 4*

**Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**

Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

*Heft 5*

**Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung  
Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**

Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

*Heft 6*

**Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen**

Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

*Heft 7*

**Perspektiven aus den Exiljahren**

Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

*Heft 8*

**Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**

Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

*Heft 9*

**Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“**

Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

*Heft 10*

**Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die  
deutsch-amerikanischen Beziehungen**

Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

*Heft 11*

**Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**

Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

*Heft 12*

**Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund  
(dt.-griech.)**

Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

*Heft 13*

**Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**

Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

*Heft 14*

**Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen“ (1969) –  
„Mehr Freiheit wagen“ (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft  
im Umbruch?**

Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

*Heft 15*

**Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**

Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

*Heft 16***Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**

Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

*Heft 17***Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit.  
Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**

Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

*Heft 18***Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“  
(Willy Brandt Lecture 2008)**

Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

*Heft 19***Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit**

Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

*Heft 20***Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz?  
Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und  
20 Jahre nach der friedlichen Revolution**

Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

*Heft 21***Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der  
Einen Welt? (Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

*Heft 22***Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt  
(Willy Brandt Lecture 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

*Heft 23***Wolfgang Huber: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschen-  
bild (Willy Brandt Lecture 2010)**

Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

*Heft 24***Geert Mak: „Das erstarrte Europa“ – Ursachen und Auswege  
(Willy Brandt Lecture 2011)**

Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

*Heft 25***Willy Brandt: „Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-  
Bericht**

mit einer Einführung von Dirk Messner

Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

*Heft 26***Wolfgang Schmidt: Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflich-  
tung und politischer Überzeugung. Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt  
um Israel und den Frieden im Nahen Osten bemühte**

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-25-6

*Heft 27***Willy Brandt – Stimmen zum 100. Geburtstag**

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-26-3

*Heft 28***Corine Defrance/Ulrich Pfeil/Andreas Wilkens (Hrsg.): Willy Brandt – un  
projet pour l'Allemagne**

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-27-0

*Heft 29*

**„... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...“**

**Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin. Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt**

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-28-7

*Heft 30*

**Jan Eliasson: Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten (Willy Brandt Lecture 2014)**

Berlin 2015, ISBN 978-3-933090-29-4

## **WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE**

*Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler*

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Edition soll ein möglichst breites Publikum ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Alle Bände der Berliner Ausgabe sind unter [www.willy-brandt.de](http://www.willy-brandt.de) als PDF-Dateien abrufbar.

*Band 1*

### **Hitler ist nicht Deutschland**

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

*Band 2*

### **Zwei Vaterländer**

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland  
1940–1947

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

*Band 3***Berlin bleibt frei**

Politik in und für Berlin 1947–1966

Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

*Band 4***Auf dem Weg nach vorn**

Willy Brandt und die SPD 1947–1972

Bearb. von Daniela Münkkel, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

*Band 5***Die Partei der Freiheit**

Willy Brandt und die SPD 1972–1992

Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

*Band 6***Ein Volk der guten Nachbarn**

Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

*Band 7***Mehr Demokratie wagen**

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974

Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

*Band 8***Über Europa hinaus**

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

Bearb. von Bernd Rother u. Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

*Band 9***Die Entspannung unzerstörbar machen**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

*Band 10***Gemeinsame Sicherheit**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992

Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009

ISBN 3-8012-0310-7

**WILLY-BRANDT-STUDIEN***Band 1***Daniel F. Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**

Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

*Band 2***Robin M. Allers: Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)**

Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

*Band 3***Andreas Wilkens (Hrsg.): Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

*Band 4***Friedhelm Boll u. Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

*Band 5***Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse**

Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

## WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

### *Band 1*

#### **Willy Brandt: Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**

bearbeitet von Einhart Lorenz

Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

### *Band 2*

#### **Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte**

herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven

Bonn 2012, ISBN 978-3801204266

### *Band 3*

#### **Willy Brandt / Helmut Schmidt: Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992)**

herausgegeben und eingeleitet von Meik Woyke

Bonn 2015, ISBN 978-3-8012-0445-7

## SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

### **Willy Brandt 1913–1992**

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

### **Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913–1992**

Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz

Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

### **Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!**

Anforderungen an einen „Brandt-Report“ für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)

Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

### **Johannes Rau: Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**

hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

### **Sabine Carbon/Barbara Lücker: Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**

Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

### **Willy-Brandt-Haus Lübeck**

Neue Architekturführer Nr. 118

Stadtwandel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9

(auch auf Englisch erhältlich)

**Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert**

Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck  
von Katharina Bieler, Lübeck 2009

**Petri Hakkarainen: A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975**

New York 2011 (Studies in Contemporary European History, Bd. 10)

**Claudia Hiepel: Willy Brandt und Georges Pompidou: Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise**

München 2012 (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 29)

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter [www.willy-brandt.de](http://www.willy-brandt.de) verwiesen.

**DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG**

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Zunächst im Rathaus Schöneberg zu Berlin ansässig, befindet sich ihr Hauptsitz seit 2010 im Forum Willy Brandt Berlin (Unter den Linden 62-68). Dort ist seit Juni 2012 auch die neue ständige Ausstellung „Willy Brandt – Politikerleben“ zu sehen.

Die Stiftung hat die Aufgabe, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Als Bundesstiftung wird sie finanziert aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

**Eine Stiftung – zwei Standorte**

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das **Willy-Brandt-Haus Lübeck** (Königstraße 21) mit der ständigen Ausstellung „Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert“ eröffnet. Die dortige Ausstellung steht unter dem Motto „Zeitgeschichte erleben!“ und bietet spannende Inszenierungen sowie multimediale Informationsangebote. Das Willy-Brandt-Haus Lübeck versteht sich als Ort der Auseinandersetzung über Geschichte und Gegenwart und als ein Lernort für Zeitgeschichte in der Geburtsstadt des Friedensnobelpreisträgers.

Näheres unter [www.willy-brandt.de](http://www.willy-brandt.de)

### **BILDNACHWEIS**

Eric Strelow: S. 8, S. 14, S. 22

Bundesregierung/Ludwig Wegmann: S. 30

Vereinte Nationen: Cover

Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung: S. 36

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Eliasson, Jan: Eine Welt in Aufruhr und Wandel – Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten: Willy Brandt Lecture 2014 an der Humboldt-Universität zu Berlin**

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2015

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 30)

**ISBN 978-3-933090-29-4**

**„Willy Brandts Glaube an Versöhnung verdeutlicht uns, dass Frieden nicht einfach nur das Ende eines Konfliktes sein kann. Frieden verlangt Heilung und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.“**

**Jan Eliasson**